

Front gegen schwarze Schafe

BGL fordert mehr Entschlossenheit im Kampf gegen Sozialdumping

Transaktuell 2.12.2016

Die EU-Kommissarin hat postwendend reagiert. Violeta Bulc hat den von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und sieben weiteren westeuropäischen Verkehrsministern unterzeichneten Brief beantwortet und zugesagt, sich der Sache anzunehmen. In dem Schreiben hatten Dobrindt und seine Kollegen Missstände und

Mit dieser Einstellung rennt Dobrindt beim BGL offene Türen ein. Letzterer sieht sich im Kampf gegen Sozialdumping durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt. Es besagt, dass Steuern und Sozialabgaben in dem Staat zu entrichten sind, in dem der Mitarbeiter überwiegend eingesetzt wird. Dieses Land ließe sich laut Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Karlheinz Schmidt relativ einfach durch entsprechende Aufzeichnungen des digitalen Tachografen ermitteln. Voraussetzung ist, dass die EU-Kommission dies will und die Branche dazu anweist.

Noch einfacher zu ermitteln sein dürfte der regelmäßige Einsatzort für ausländische Fahrer, die mit ihren Fahrzeugen zum Beispiel dauerhaft an Kombi-Terminals in Deutschland stationiert sind. Sofern sie mehr als 183 Tage dort tätig sind, fallen hierzulande Steuern und Sozialabgaben an. „Das lässt sich alles kontrollieren“, betonte Schmidt. Er fühlt sich vom zuständigen Arbeits- und Sozialministerium unter Andrea Nahles (SPD) aber im Stich gelassen.

„Dort herrscht Stillstand“, kritisierte der BGL-Chef. Er hat den Eindruck, dass das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen den deutschen Mindestlohn im Ministerium derzeit vieles blockiert. Dabei seien

konkrete Vorschläge gegen illegale Machenschaften im Transportgewerbe gerade jetzt erwünscht. Immerhin arbeitet die Kommission zurzeit im Rahmen ihrer Road-Initiative an neuen Spielregeln für die Branche – entsprechender Input kann demnach nicht schaden.

Schmidt machte aber auch klar, dass es für ihn eigentlich nebensächlich ist, ob der Fahrer die Wochenruhezeit in der Kabine bringt oder nicht. „Das ändert nichts am Sozialdumping“, sagte er. „Wichtiger ist es, dass wir diesen Betrieben die Grundlage für ihre Geschäftsmodelle entziehen.“

Text und Foto:
Matthias
Rathmann



Modernes Nomadentum: Die Fahrer der osteuropäischen Betriebe sind oft wochenlang in Westeuropa unterwegs.

Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Straßengüterverkehr angemahnt. Unter anderem regt Dobrindt an, das Verbringen der regelmäßigen Wochenruhezeit in der Fahrerkabine zu verbieten.

Für den Minister zählt nun der Faktor Zeit. „Ich hoffe, Frau Bulc hat verstanden, dass unsere Geduld nicht unbegrenzt ist“, sagte er bei der BGL-Jahrestagung. Seine Kollegen und er hätten die Verantwortung dafür, fairen Wettbewerb nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden. „Damit fairer Wettbewerb herrscht, muss Sozialdumping ausgeschlossen werden.“